

«Es ist okay, wenn ich eine Maske anziehen muss – aber lieben muss ich sie nicht»

Jacqueline Fehr, bekennende Ruhestörerin, präsidiert den Zürcher Regierungsrat im zweiten Corona-Jahr. Kann das gutgehen? Ein Gespräch mit Michael von Ledebur und Daniel Fritzsche über Provokation, Eigenverantwortung und Humor in der Krise

Frau Fehr, Sie haben sich selber schon als «Ueli Maurer der Zürcher Regierung» bezeichnet. Siebürsten gerne gegen den Strich. Das passt schlecht zur neuen Aufgabe als Regierungspräsidentin.

Ich habe nun für ein Jahr eine andere Rolle: Ich muss dafür sorgen, dass im Regierungsrat alle Meinungen genügend Raum erhalten und alle Themen die nötige Aufmerksamkeit.

Jacqueline Fehr, die Vermittlerin? Schwer vorstellbar. Sie provozieren doch viel zu gerne.

Die Provokation wird in diesem Jahr sicher weniger Raum einnehmen. Aber über die Direktionsgrenzen und das Tagesgeschäft hinausschauen werde ich trotzdem. Ich möchte weiter Debatten anstossen. Und ich möchte gestalten. Schliesslich bin ich gewählte Politikerin, nicht oberste Verwaltungsmanagerin.

Was erreicht man in einer Regierung mit steter Provokation – mit Ausnahme von Medienaufmerksamkeit?

Es darf keine Provokation um der Provokation willen sein. Aber manchmal braucht es Ruhestörerinnen. Es kommt vor, dass Debatten einschlafen oder man sich nicht mehr traut, gewisse Themen anzusprechen. Dann braucht es Impulse, und ich als Exekutivpolitikerin muss sagen: Stopp, darüber müssen wir nachdenken. Da habe ich übrigens viele Vorbilder – Micheline Calmy-Rey, Eveline Widmer-Schlumpf oder Pascal Couchepin. Bei der Europadebatte habe ich mich kürzlich beispielsweise bewusst eingemischt und mich bei meiner Partei dafür starkgemacht, dass man das Rahmenabkommen mit der EU nicht einfach scheitern lässt – als Stimme des Kantons Zürich, des grössten Wirtschaftskantons.

Das bestimmende Thema ihrer Amtszeit wird aber wohl weiter Corona sein. Jetzt liegen neue Lockerungsvorschläge des Bundesrates auf dem Tisch. Was sagen Sie dazu?

Den grundsätzlichen Kurs unterstützen wir. Es ist der Versuch einer Exit-Strategie in verschiedenen Phasen. Wichtig ist für die Bevölkerung, dass die Schritte nachvollziehbar sind.

Ist der Bundesrat auf dem richtigen Pfad?

Ich fordere schon länger, dass wir der Pandemie mit einer Vier-Säulen-Strategie begegnen. Der Gedanke stammt aus der Drogenpolitik, wo man gelernt hat, dass man ein komplexes Problem nicht eindimensional lösen kann. Natürlich braucht es Einschränkungen als gesundheitspolizeiliche Massnahmen. Aber ebenso wichtig sind Mittel wie Testen und Impfen sowie die Schadensbegrenzung bei den wirtschaftlichen Auswirkungen. Und viertens muss man auf die Selbstverantwortung der Bevölkerung vertrauen. Es zeigt sich jetzt, dass dies der Schlüssel zur Bewältigung der Krise ist.

Wirklich? Zu Beginn der Pandemie war wenig von Selbstverantwortung zu spüren – zum Beispiel beim Maskentragen im öV.

Das stimmt. Die Leute haben sich geschämt, die Maske anzuziehen. Die Maskenpflicht im öV war notwendig. In diesem Punkt habe auch ich mich geirrt. Aber in allen anderen Punkten befolgen die meisten Leute die Regeln freiwillig. Spätestens seit der zweiten Welle ist allen klar, worum es geht.

Ist das wirklich so? Gerade bei den Einschränkungen im Privaten lässt sich das doch gar nicht kontrollieren.

Ich staune, wenn ich mit meinen Söhnen rede oder hier in der Direktion



Jacqueline Fehr plädiert für mehr Vertrauen in die Selbstverantwortung: «Es zeigt sich jetzt, dass dies der Schlüssel zur Bewältigung der Krise ist.»

GORAN BASIC / NZZ

mit meinen Mitarbeitenden: Die Leute überlegen sich laufend, wie man sich gescheit organisiert, um die Schutzvorgaben im Alltag umzusetzen. Im Rückblick denke ich aber: Wir haben der Bevölkerung im letzten Jahr nur kommuniziert, was man nicht machen darf – und nicht, was okay ist: mit den Kindern bräteln zu gehen oder eine Velotour zu machen zum Beispiel. Die Schwere, die viele Leute jetzt spüren, hat auch damit zu tun.

Wie meinen Sie das?

Es fehlte der Humor – nicht sich über die Kranken lustig machen selbstverständlich, sondern Humor, um der Situation die Schwere zu nehmen. Wenn ich an Aids denke: Das war eine grauenhafte Krankheit, die Diagnose war ein Todesurteil. Und trotzdem hat man in der Prävention einen lockeren Ansatz gewählt – «im Minimum ein Gummi drum». Man hat die Verhaltensänderung mit einer gewissen Freundlichkeit zu vermitteln versucht. Heute ist vieles zu ernst, zu verbiestert.

Während des letzten Jahres hatte man nicht immer den Eindruck, dass der Zürcher Regierungsrat an einem Strick zieht. Wie ist die Stimmung im Gremium?

Wir waren uns in einem Punkt immer sehr einig: Wir orientieren uns am Bild der mündigen Menschen und wollen keinen Vorschriften- und Polizeistaat. Selbstverständlich haben wir unsere Haltungen, und wir sind auch Anwälte unserer Direktionen. Die Volkswirtschaftsdirektorin stört es, wenn Massnahmen Arbeitsplätze vernichten. Der Sicherheitsdirektor sagt: Aufgepasst, wir müssen die Regeln auch durchsetzen können. Die Bildungsdirektorin weist auf die Schwierigkeiten angesichts einer

komplexen Bildungslandschaft hin. Es sind sieben starke Persönlichkeiten im Regierungsrat, die intensive Diskussionen führen, mündige Menschen, die Probleme zu lösen versuchen. Dass da auch einmal nach aussen dringt, dass jemand nicht einverstanden ist ... Das finde ich nicht so schlimm. Dann sehen die Leute, was sie auch im Bekanntenkreis oder in der Familie erleben – dass bei Corona die Meinungen zum Teil weit auseinandergehen.

Soll der Regierungsrat unter Ihrer Führung einheitlicher auftreten?

Dieses Ziel setzt sich wohl jede Regierungspräsidentin, und je nachdem, was dann passiert ... Ich bin vom Typ her überhaupt nicht schulmeisterlich.

Sie wären wohl auch die Falsche, Linientreue einzufordern, weil Sie das Kollegialitätsprinzip selbst schon verletzt haben und dafür gerügt wurden.

Weil ich auch schon in der Situation war, dass ich etwas als Gewissensfrage empfand oder unbedingt zum Ausdruck bringen wollte, dass ich eine andere Meinung habe. Insgesamt finde ich aber, dass das Bild, das der Regierungsrat abgibt, sehr einheitlich ist.

Das bezweifeln wir. Die Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli etwa machte letztes Jahr nicht den Eindruck, als stehe sie hinter der relativ liberalen Haltung des Gesamtregierungsrats.

Als Regierungsrätin oder Regierungsrat muss man manchmal hartes Brot essen. Man dringt mit seinem Standpunkt nicht durch oder wird wieder heimgeschickt zur Überarbeitung. Und unter der sehr intensiven Beobachtung durch die Öffentlichkeit und die Medien im letzten Jahr war die Situation für uns alle anspruchsvoll.

In zwei Untersuchungsberichten über das Wirken des Regierungsrates ist von der Überforderung der Gesundheitsdirektion die Rede – danach ist Natalie Rickli in der Regierung isoliert gewesen. Wie haben Sie das erlebt?

Ich möchte hier eindeutig Druck von der Gesundheitsdirektion und vor allem der Direktorin nehmen. Wir waren alle schlecht auf die Pandemie vorbereitet – vom Bund über die Kantone bis zu den Altersheimen, vom Material bis zu den Massnahmen. Aber wenn man ehrlich ist: Es würde politisch kaum toleriert, würden wir für alle möglichen Krisen perfekt vorsorgen, weil das kostet. In der Schweiz haben wir keine derartige Kultur.

Sicher? Fast jedes Haus hat einen Luftschutzkeller, jede und jeder ist versichert ...

Das stimmt. Aber denken Sie an neue Bedrohungslagen. Und vergleichen Sie, was wir zum Beispiel für die Cyberabwehr ausgeben und wie viel für neue Kampffjets. Da weiss ich nicht, ob die Gewichte richtig verteilt sind. Das werden wir dann wieder alle besser wissen, wenn die nächste Krise eingetreten ist. Wir müssen uns ehrlich eingestehen: Wenn wir so sparsam sein wollen, wie wir das in der Schweiz sind, gehen wir das Risiko ein, dass wir im Krisenfall im Sprint starten müssen. Das musste bei Corona auch die Gesundheitsdirektion tun. Mit der Unterstützung der Kantonspolizei konnte sie die Situation schliesslich gut bewältigen.

Die zweite Welle traf Zürich dann aber mit voller Wucht. Waren Sie zu leichtsinnig?

Ich glaube tatsächlich, dass wir die Situation vor der zweiten Welle falsch eingeschätzt haben – auch ich persönlich. Im Nachhinein weiss man: Das Virus hat sich über den Sommer latent ausgebreitet. Im Herbst kam man an

den Punkt, an dem es einen Kippeffekt gab und die Fallzahlen exponentiell anstiegen. Das hat aber letztlich niemand kommen sehen – das damalige Task-Force-Mitglied Marcel Salathé hat bekanntlich noch kurz zuvor gesagt, es sehe gut aus.

Sie selbst haben sich im Sommer gegen eine Maskenpflicht eingesetzt. «Welcome to Niqab for everybody?», haben Sie damals getwittert.

Ich habe gesagt: Aufgepasst, was bringen wir den Leuten bei? Die Maske anziehen, und dann ist alles in Ordnung? Das wäre falsch. Und mich hat gestört, dass damals jemand meinte, wir müssten die Maske lieben lernen. Es ist okay, wenn ich eine Maske anziehen muss, wenn es Sinn ergibt. Aber lieben muss ich sie nicht. Das hat mich provoziert. Ich würde den Tweet heute allerdings nicht mehr so absetzen.

Sie schrieben damals auf Ihrem Blog auch von einer «Befreiung aus der Verbotstlogik».

Ja, und ich sehe mich ein Stück weit bestätigt. Es braucht einen Mix von Massnahmen, und man muss in einer freien Gesellschaft den Leuten die Verhaltensänderung so nahebringen, dass sie aus eigener Einsicht handeln. Die Leute müssen selbst sagen: Nein, Grossvater, du kommst jetzt nicht mehr zu Besuch. Wir können nicht neben jede und jeden einen Polizisten stellen.

Aber wieso haben Sie dann im Dezember die Rolle rückwärts gemacht? Sie haben sich öffentlichkeitswirksam entschuldigt und Ihr Blog umbenannt. Damit haben Sie signalisiert, dass Sie sich von diesem Gedanken distanzieren.

Ich hatte das Pech, dass ich mein Blog «Fehr denkt quer» genannt habe. Damit wurde ich nach deren Aufkommen in die Nähe der Querdenker-Bewegung gerückt. Dabei stehe ich an einem komplett anderen Ort. Es gibt null Berührungspunkte mit der Bewegung. Das wollte ich verdeutlichen. Ich wollte nicht mehr ständig falsch verstanden werden. Mit meinem Vier-Säulen-Prinzip habe ich später einen neuen Anlauf genommen.

Damit wurden Sie aber kaum mehr gehört ...

Ich habe mich bewusst zurückgehalten.

Weshalb?

Die Angst hat viele aggressiv und rabiat gemacht, so dass Gespräche kaum mehr möglich waren. Ich dachte mir: Ich lasse nun Zeit verstreichen, bis die Angst verflogen ist. Und in der Zwischenzeit handle ich, statt zu reden.

Beim Impfen geht es jetzt ja vorwärts. Trotzdem dümpelt Zürich in der schweizweiten Rangliste immer noch ganz unten herum. «Trödelkanton», heisst es nicht zum ersten Mal.

Diese Kritik empfinde ich als unfair. Sicher: Es verärgert, belastet, verunsichert die Leute, wenn es nicht im erwarteten Tempo vorwärtsgeht. Wir verimpfen in einem Zentrum an einem Tag aber so viel wie ein kleiner Kanton in der ganzen Kampagne. Und wir haben auf eine etwas andere Strategie gesetzt. Wir haben zuerst die Altersheime durchgeimpft. Das bewährt sich nun, wie die Zahlen zeigen. Der Begriff Trödelkanton ist auch despektierlich, ich würde im Kanton nie von «Trödelgemeinden» sprechen. Alle tun ihr Bestes, haben aber unterschiedliche Voraussetzungen. Vergleichen ist in Ordnung, das soll man tun, aber man soll keine Ranglisten erstellen. Ich will lernen von anderen. Das ist ja gerade ein grosser Vorteil unseres föderalistischen Systems.

Fortsetzung auf Seite 12

Treffpunkt im Wasserreservoir

Das Siegerprojekt des «Pavillons im Park» mitten im Hochschulgebiet markiert eine Art Anti-Pavillon

Über 200 Architekturbüros haben sich am Wettbewerb für einen Pavillon an der Ecke Rämi-/Gloriastrasse beteiligt. Gewonnen hat jenes Team, das alles anders machte, als man erwartet hatte.

ADI KÄLIN

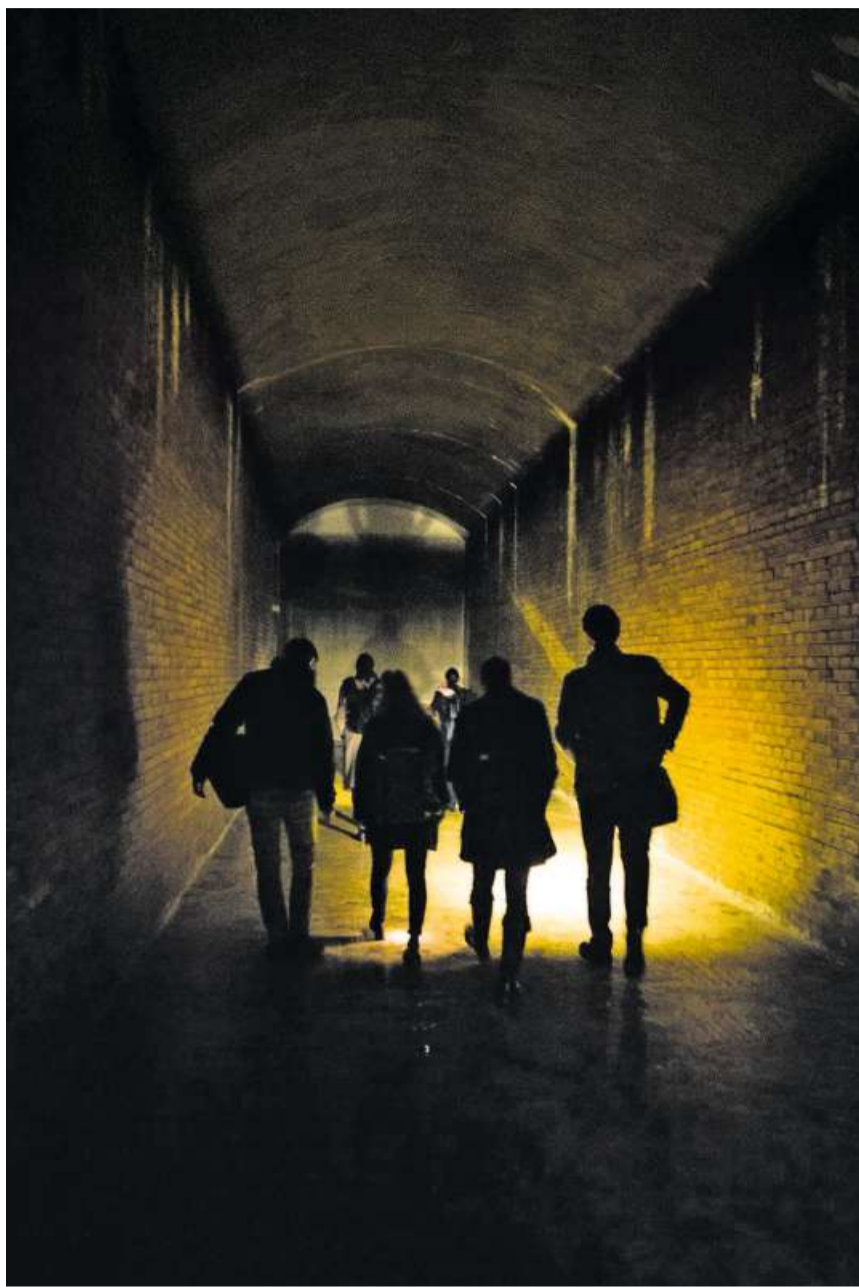
Noch selten wohl hat das Preisgericht eines Architekturwettbewerbs ein Siegerprojekt so über den grünen Klee gelobt: Die Arbeit stelle einen «hervorragenden und visionären Beitrag an die Aufgabenstellung» dar, «der die Bedeutung der Baukultur im heutigen Zeitalter fördern wird», heisst es im entsprechenden Bericht. Dabei hat das Siegerteam von Squadrat Architekten aus Zürich alles ganz anders angepackt, als es bei der Ausschreibung vorgegeben war.

Reservoir sollte entfernt werden

Mitten im Hochschulgebiet, das nach einem Masterplan neu bebaut und genutzt wird, soll ein grosser Park entstehen, indem der bestehende Spitalpark bis an die Ecke Rämi-/Gloriastrasse erweitert wird. Dort wird schliesslich ein «Pavillon im Park» gebaut – als Treffpunkt für Studentinnen und Studenten, aber auch als Erkennungsmerkmal für die gesamte Grünanlage. Man dachte an einen Pavillon mit einem grosszügigen, gerundeten Dach, an eine Bar mit Getränke- und kleinem Speiseangebot.

Schon im Voraus war jedes Detail beschrieben worden: Zwar würden durch die Bauarbeiten am Park 170 Bäume verschwinden, es sollten aber gleich viele wieder gepflanzt werden. Vorgegeben war sogar, dass die neuen Bäume den ökologischen Wert der alten nach 15 Jahren wieder erreichen sollten. Und damit der Park schön ausgeglichen eben würde, müsste man selbstverständlich das im Untergrund verborgene Wasserreservoir aus dem 19. Jahrhundert abbrechen.

Das Siegerteam wollte sich nicht an diese Vorgabe halten und machte sich auf eine «lustvolle Spurensuche», wie seine Mitglieder selber sagen. Sie fanden das Reservoir auf alten Karten, Bildern und Plänen, die sie bei der Wasserversorgung ausgruben. 1871 ist das «Niederdruckreservoir», wie es auf alten Plänen



Aus den alten Gewölben des Reservoirs wird ein Restaurantbetrieb.

TIM KLAUSER

bezeichnet wird, erstellt worden. Mehrmals wurde es umgebaut und schliesslich 1979 definitiv ausser Betrieb gesetzt. Seither ist es ein bisschen in Vergessenheit geraten, von den Strassen her sieht man nichts von ihm.

Umnutzung statt Tabula rasa

Die Architekten von Squadrat beschlossen schliesslich, statt eines Pavillons eine Art Anti-Pavillon zu erstellen, also statt das Reservoir abzubre-

chen und einen Neubau aufzustellen, dieses auszugraben, nur teilweise abzureissen und das Bauwerk mit den schönen Gewölbeflächen umzunutzen. Damit setzen sich die Architekten nicht nur mit der Geschichte des Ortes auseinander, sondern auch mit dem Thema Nachhaltigkeit. Durch die Umnutzung werden die Materialflüsse signifikant gesenkt, wie es im Jury-Bericht heisst. Es werde deutlich gemacht, wie die Kreislaufwirtschaft in die Praxis umgesetzt werden könne.

Fortsetzung von Seite 11

Fehr zu ihrem Präsidentschaftsjahr

Der Föderalismus ist in der Krise stark in die Kritik geraten.

Natürlich war nicht alles gut. Wir müssen in Zukunft näher an die Erfahrungen, die wir mit Naturkatastrophen haben, kommen. Wir brauchen beispielsweise eine Pandemie-Gefahrenkarte, wie bei Waldbränden oder Lawinengefahr, die regionale Unterschiede aufzeigt. Der Übergang von der Zuständigkeit des Bundes zu den Kantonen hat daran gekrankelt, dass es keine solche Karte gab.

Der Nutzen einer Gefahrenkarte leuchtet bei Lawinen oder Hochwasser ein – aber bei einer Pandemie?

Wir haben viel gelernt. Mittlerweile kann man beispielsweise aufgrund von Abwasserproben Prognosen erstellen, man ist in der Früherkennung deutlich weitergekommen. Das müssen wir für künftige Pandemien berücksichtigen.

Nach wie vor unsicher ist, welche Massnahmen wie stark nützen und welche nicht. Alles, was die Distanz zwischen Menschen erhöht, wirkt. Ab einem gewis-

sen Punkt nimmt der Nutzen aber ab, und die Kollateralschäden nehmen zu: Aggression in der Gesellschaft, psychische Probleme, Bildungslücken. Die Schweiz hat es relativ gut verstanden, die Massnahmen nicht auf die Spitze zu treiben. Eine Ausgangssperre gab es bei uns zum Beispiel nie. Das ist auch dem Föderalismus zu verdanken. Dieser ermöglichte es den Kantonen, die landesweiten Massnahmen je nach Situation und Bedürfnis durch eigene, passgenaue Ergänzungen zu optimieren. Ich habe die Erfahrung gemacht: je zentralistischer, desto bürokratischer. Bei der aktuellen Frage des Covid-19-Zertifikats sehe ich uns auf einem guten Weg. Der Bund hat mit dem Ampel-Modell ein grobes Raster zum Umgang mit immunen und nichtimmunen Personen vorgegeben. Gestützt darauf, arbeiten wir als Kanton nun an einer pragmatischen Umsetzung.

Worum geht es da konkret?

Unser Ziel ist ein rechtlich fundiertes «Q&A» zu den offenen Fragen. Verneinungen wollen beispielsweise wissen, wie sie mit Nichtimmunen umgehen sollen. Unser Sportamtschef hat jeden Tag mehrere Vereinspräsidenten am Draht, vom Fussballklub bis zur Mädchenriege. Da müssen wir Antworten liefern. Die Nähe zu den Leuten, der pragmatische Ansatz – das ist unser Vorteil gegenüber dem Bund. Natürlich werden wir

das Papier den anderen Kantonen bei Interesse zur Verfügung stellen.

Was ist denn Ihre Meinung: Sollen die Rechte von Ungeimpften weiter eingeschränkt bleiben?

Solange noch eine pandemische Gefahr besteht, geht es nicht anders. Sobald Corona auf derselben Stufe ist wie etwa die Masern, wo es hin und wieder

Ich habe die Erfahrung gemacht: je zentralistischer, desto bürokratischer.

zu einem lokalen Ausbruch kommt, aber keine Pandemiegefahr herrscht, ist eine solche Unterscheidung nicht mehr verhältnismässig.

Sie haben Ihre Präsidentschaft unter dem Motto «Teilhabe» gestellt. Hat das auch mit Corona zu tun?

Wir haben das Thema vor Corona gewählt, es passt aber nun sehr gut. Bewegungen wie die «gilets jaunes» in Frankreich haben gezeigt, dass eine freie Gesellschaft rasch kippen kann, wenn sich die Leute ausgeschlossen fühlen, wenn

Ursprünglich hatte man sich vorgestellt, dass der Park von der Ecke Rämi-/Gloriastrasse sanft ansteigen würde. Nun soll es auf einer Rampe zunächst nach unten gehen. Die Architekten wollen das Reservoir zu grossen Teilen ausgraben, dann aber gewissermassen entzweischneiden. Mitten durch das Bauwerk entsteht so eine neue Wegachse, die zunächst hinunterführt zu einem Aussenrestaurant, dem Reservoirgarten.

Grüne Lunge des Gebiets

Von der Rampe aus gesehen auf der linken Seite entsteht das Innen-Restaurant mit Bar, Gasträumen und Küche unter den alten Gewölben. Diese böten ein unverwechselbares Raumerlebnis, hatte das Siegerteam gemeint: «Sie sind anders als alles, was ein Architekt hätte erfinden können.» Weitere Bereiche des Reservoirs könnten für Veranstaltungen genutzt werden; dafür ist aber eine Anpassung des Gestaltungsplans nötig. Das Preisgericht beurteilt dies «als lohnenswerte Variante und als Chance».

Gleichzeitig mit dem Bau des «Anti-Pavillons» wird auch der Park erweitert. Aus dem heute etwas abgeschottet wirkenden Spitalpark wird der offene Gloriapark. Dieser soll für das erweiterte Hochschulgebiet als grüne Lunge und als grosszügiger Erholungsraum dienen. Für diese Umwandlung ist ein offenes Planungsverfahren durchgeführt worden, wie einer Mitteilung von Stadt und Kanton Zürich entnommen werden kann. Vier Landschaftsarchitekturbüros haben daran teilgenommen, den Zuschlag erhielt das Büro Hager Partner AG aus Zürich.

Bald kommen die Hochbauten

Auch bei den ersten Hochbauten geht es voran, wie kürzlich bekanntgegeben wurde. Der Neubau der Universität nach den Plänen des Basler Architekturbüros Herzog & de Meuron ist seit der Präsentation vor zwei Jahren überarbeitet und den neuen Erfordernissen des Hochschulbetriebs angepasst worden. Nächstes Jahr kommt der Kredit vor den Kantonsrat, gebaut werden soll von 2023 bis 2028. Im gleichen Jahr soll auch der Neubau des Universitätsspitals nach den Plänen des Basler Büros Christ & Gantenbein eröffnet werden.

sie das Gefühl haben, dass es nicht mehr um sie geht. Ich teile die Meinungen der Leute, die an Demos gegen die Corona-Massnahmen gehen, nicht – aber muss man sie gleich Covidioten nennen und ausgrenzen? Ich finde nicht.

Teil Ihres Programms sind die «Züri-Löwinnen»: Sie wollen mehr Frauen für die Politik gewinnen.

Es mangelt bekanntlich allgemein an Leuten, die sich für Ämter in den Gemeinden zur Verfügung stellen. Bei den Frauen liegt ein grosses Potenzial brach.

Frauen scheinen es in politischen Führungspositionen nach wie vor schwerer zu haben als Männer. Die Zürcher Altstadträtin Monika Stocker hat einmal gesagt, Frauen nähmen Kritik persönlicher, weil sie sich mehr mit dem Amt identifizierten, und böten damit mehr Angriffsfläche. Bei Ihnen hat man den Eindruck: Kritik spornet Sie eher an. Ich glaube nach wie vor, dass der Grat für die Frauen schmaler ist. Man ist schnell «zu»: zu giftig, zu pointiert, zu ehrgeizig... Damit lebe auch ich. Mir hilft vielleicht meine Persönlichkeit: Ich trage nicht so schwer daran, wenn ich kritisiert werde. Klar, ich muss auch manchmal auf die Zähne beißen, und wütend werden kann ich auch. Aber das ist jeweils schnell wieder verflogen.

Dissertori wird neuer Rektor der ETH Zürich

Physiker tritt Nachfolge von Sarah Springman an

Der ETH-Rat hat Günther Dissertori zum neuen Rektor der ETH ernannt. Er folgt auf Sarah Springman, die Ende Januar nächsten Jahres altershalber zurücktritt, wie der ETH-Rat am Freitag mitteilte. Als Rektor und Vizepräsident wird Dissertori für die Belange der Lehre in der Schulleitung der ETH Zürich zuständig sein.

Der 52-Jährige ist seit 2007 Professor am Institut für Teilchenphysik. Er zeichne sich durch sein ausserordentliches Engagement in der Lehre aus, schreibt der ETH-Rat. So gewann er bisher vier Mal den Preis der «Goldenen Eule», der jähr-



Günther Dissertori
Professor für Teilchenphysik an der ETH

lich vom Studierendenverband VSETH für exzellente Lehre verliehen wird. 2013 erhielt er zudem den Credit Suisse Award for Best Teaching an der ETH Zürich. Dissertori besitze fundierte Kenntnisse in der Konzipierung und Revision von Studiengängen, heisst es.

In seiner Forschungstätigkeit konzentriert sich Dissertori auf das CMS-Experiment am Large Hadron Collider LHC am Cern in Genf. Laut Mitteilung hat seine Gruppe unter anderem wesentlich zum experimentellen Nachweis des Higgs-Teilchens beigetragen, für dessen Entdeckung François Englert und Peter Higgs 2013 den Nobelpreis in Physik erhielten.

Am Cern nahm er zudem immer wieder wichtige Koordinationsaufgaben wahr, unter anderem als stellvertretender Sprecher einer Kollaboration von über 4000 Forschenden und Studierenden aus mehr als 40 Ländern.

Günther Dissertori ist in Südtirol aufgewachsen und hat an der Universität Innsbruck Physik studiert. Von dort zog es ihn bereits als Doktorand ans Cern, wo er seine Forscherkarriere startete. 2001 kam er als Assistenzprofessor an die ETH Zürich.

Ausserhalb der ETH engagiert sich Dissertori in der Vermittlung der Grundlagenwissenschaften an Schulen und für das breite Publikum.

Hat sich eigentlich etwas verändert mit der 4:3-Frauenmehrheit im Regierungsrat?

Die böse Frage wäre gewesen: Gibt es mehr Zoff seither?

Das würden wir uns nie zu fragen getrauen. Aber was wäre die Antwort?

Nein. Es sind ohnehin keine Streitereien, sondern wichtige Auseinandersetzungen (lacht). Aber ein grosser Unterschied ist es tatsächlich, ob eine Frau allein oder fast allein in einem Gremium sitzt oder nicht. Ich erlebe noch immer an manchen Sitzungen, beispielsweise mit den Justiz- und Polizeidirektoren anderer Kantone, den Klassiker, den jede Frau kennt: Ich sage etwas, und ein anderer referiert später den exakt selben Inhalt – schreibt ihn aber einem Mann zu, «der Fritz hat gesagt...». Das ist nicht böse gemeint, sondern eine Wahrnehmungsstörung: Man wird als Frau offenbar schlicht überhört in einem männerlastigen Gremium.

Seit sechs Jahren sind Sie Regierungsrätin. Wird es Ihr letztes Amt sein?

Ja. Ich habe schon noch Pläne für die Zeit danach, aber keine politischen.

Und treten Sie nochmals an in zwei Jahren?

Darüber mache ich mir in einem Jahr Gedanken.